

15.01.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Die Landesregierung muss Ankündigungen auch Taten folgen lassen: Reaktivierung von Schienenstrecken im nördlichen Ruhrgebiet ist dringend geboten

I. Ausgangslage

Für die SPD bedeutet der Strukturwandel im Ruhrgebiet die Sicherung und Stärkung des Industrie- und Gewerbestandortes, um auch zukünftigen Generationen die Wohlstandsfähigkeit zu sichern. Das Ruhrgebiet mit seinen vielfältigen Industrie- und Gewerbeunternehmen gehört zu den stärksten Wirtschaftsstandorten Deutschlands. Wenn dies beachtet wird, können mit einem Strukturwandel auch Zukunftschancen verbunden werden.

Zur Erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels braucht die Region eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 ist dabei für die Stärkung der Verkehrsinfrastruktur ein wichtigstes Instrument. Der Bundesverkehrswegeplan hat ein Gesamtvolumen von 269,6 Mrd. Euro. Davon fließen bis 2030 141,6 Mrd. € in den Erhalt der Bestandsnetze. Für Aus- und Neubauprojekte sind 98,3 Mrd. € vorgesehen. NRW soll dem BVWP zufolge von den Straßenbaumitteln im „Vordringlichen Bedarf“ (VB) und „VB-Engpassbeseitigung“ (VB-E) einschließlich laufender und festdisponierter Maßnahmen für Straßenmaßnahmen in NRW 13,764 Milliarden Euro erhalten. Der NRW-Anteil beträgt damit 20,3 Prozent aller VB-Maßnahmen des Bundes.

Maßnahmen für das Ruhrgebiet, die aufgrund ihrer lediglich regionalen Bedeutung nicht im BVWP enthalten sind, müssen daher im Rahmen eines Sonderverkehrswegeplans für Nordrhein Westfalen umgesetzt werden. Ein Sonderverkehrswegeplan für Nordrhein Westfalen wäre in Ergänzung der Maßnahmen des BVWP eine gute Grundlage für die dringend notwendige Verkehrswende in unserem Land.

Im Rahmen der Einbringung des Landeshaushaltes für das Jahr 2019 durch die Landeregierung, erklärte Landesverkehrsminister Hendrik Wüst den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) attraktiver machen zu wollen. Ziel ist die Entlastung des Verkehrsträgers Straße durch eine Veränderung des Modal-Splits u.a. zugunsten der Schiene.

Datum des Originals: 15.01.2019/Ausgegeben: 15.01.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Eine nachhaltige Verkehrswende erfordert u.a. umfassende Maßnahmen für den Nahverkehr. Die vorhandene Verkehrsinfrastruktur (Gleise, Bahnhöfe, Busse, Straßenbahnen und Busbahnhöfe) braucht erhebliche Erneuerung und deutlichen Ausbau. Für potentielle Neukunden ist ein Umstieg auf den ÖPNV, insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten, erst dann attraktiv, wenn die entsprechenden Ertüchtigungsmaßnahmen realisiert worden sind.

Für das nördliche Ruhrgebiet ist allerdings festzustellen, dass etliche Kommunen gänzlich ohne SPNV-Halt auskommen müssen. Außer der überlasteten und stauanfälligen Bundesautobahn 43, sind in und um die Kreisstadt Recklinghausen keine leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindungen per Schiene vorhanden.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Landesregierung muss ihren zahlreichen Ankündigungen auch im Bereich des Nahverkehrs endlich Taten folgen lassen.
- Wir brauchen einen massiven Ausbau des ÖPNV in Nordrhein Westfalen.
- Wir brauchen einen massiven Ausbau des SPNV in Nordrhein Westfalen.
- Von dieser Entwicklung darf das nördliche Ruhrgebiet nicht abgekoppelt werden.
- Deshalb muss die Reaktivierung der vorhandenen Schienenstrecke von Recklinghausen Hbf. bis Bochum Hbf. für den SPNV zeitnah erfolgen.
- Deshalb muss die Reaktivierung der vorhandenen Schienenstrecke von Recklinghausen Hbf. über Suderwich, Datteln und Waltrop nach Lünen-Süd für den SPNV zeitnah erfolgen.
- Deshalb müssen diese Maßnahmen, wie die für den erfolgreichen Strukturwandel im Rheinischen Revier (s. Antrag der SPD, Drs. 17/4292), in einen Sonderverkehrswegeplan für NRW einfließen.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- für das Land Nordrhein Westfalen einen Sonderverkehrswegeplan NRW als Grundlage für eine nachhaltige und ganzheitliche Verkehrswende aufzulegen
- auch die genannten Schienenstrecken Recklinghausen - Bochum und Recklinghausen - Lünen-Süd darin aufzunehmen
- zeitnah die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die genannten Strecken so hergerichtet bzw. ertüchtigt werden können, dass auf diesen SPNV stattfinden kann
- dazu unverzüglich in Gespräche mit der Deutschen Bahn und dem Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) einzutreten
- landeseitig die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Carsten Löcker

und Fraktion